Stadt Dessau-Roßlau

09.12.2021

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 20.10.2021

Sitzungsbeginn: **16:00 Uhr**
Sitzungsende: **18:15 Uhr**
Sitzungsort: **Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-Roßlau**

Teilnehmer/-innen: **siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit 36 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 7.16 – Aufhebung des Hygienekonzeptes (FV/014/2021/CDU) von der Tagesordnung genommen wird, da diese Beschlussvorlage bereits in der letzten Sitzung des Stadtrates am 07.10.2021 beschlossen wurde.

Die Tagesordnung wird geändert (ohne TOP 7.16) einstimmig beschlossen (36:00:00).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.09.2021

Die Niederschrift wird genehmigt (35:00:01).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßt den Kreisjägermeister, Herrn Mitsching, der einen Spendenaufruf für die Pflanzung neuer Bäume in der Stadt getätigt hat und heute einen entsprechenden Scheck an die Stadt übergeben wird.

Herr Mitsching erhält das Wort und führt aus, dass er 2010 zum Kreisjägermeister berufen wurde und auch stellvertretender Vorsitzender der Kreisjägerschaft Dessau e.V. ist. Viele ehrenamtliche Aktionen wurden vorangetrieben, wie bspw. die Einrichtung eines grünen Klassenzimmers in der Grundschule Meinsdorf, die Übergabe von 200 Warnwesten an den Eigenbetrieb Dekita, mehrere Hundert Nistkästen wurden gebaut und verteilt sowie jährlich ein festliches Weihnachtsessen im Obdachlosenheim der Stadt organisiert. In den Flussauen, Wiesen, oder parkähnlichen Landschaften mit den alten Eichen soll die Struktur erhalten und mit dem eingeworbenen Geld neue Bäume gepflanzt werden, da die Natur immer schneller leidet. Für den Gegenwert von 2 Euro pro Spende soll jeweils ein Baum gepflanzt werden. Durch das Tiefbauamt der Stadt organisiert, soll auf kommunalen Flächen im Bereich Kühnau naturnah aufgeforstet werden. Er dankt den 350 Spendern der Dessauer Bevölkerung, die diese Aktion mitgetragen haben. Die Forstunternehmer stehen selbstlos, also ohne Bezahlung, zur Vorbereitung dieser Flächen bereit. Das eingeworbene Geld soll zu 100% in das Projekt fließen. Herr Mitsching lädt alle zum symbolischen Beginn der Pflanzaktion am 13.11.2021 im Bereich des Kühnauer Forstes ein und überreicht an den Oberbürgermeister und den Vorsitzenden des Stadtrates einen **Scheck in Höhe von 20.319,00 Euro**.

Im Namen der Stadt Dessau-Roßlau spricht Herr Oberbürgermeister, Dr. Reck, seinen Dank an die Jägerschaft für diese großartige Spende aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erhält das Wort für seinen Bericht über wesentliche Angelegenheit der Stadt. Dieser ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister, Dr. Reck, gibt folgende nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

Sitzung des Stadtrates am 22.09.2021:

- Grundstücksangelegenheit
Zustimmung zu einem Grundstücksflächentausch zwischen Wohnungsverein Dessau eG und der Stadt.

Sondersitzung des Stadtrates am 07.10.2021:

- Unternehmensangelegenheiten
Verzicht auf Klageerhebung gegen die Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes wegen Aufnahme einer überörtlichen wirtschaftlichen Betätigung gem. § 128 Abs. 4 KVG LSA vom 23.02.2021.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister, Dr. Reck, gibt bekannt, dass im zurückliegenden Zeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, erläutert die Festlegungen in der Geschäftsordnung für die Einwohnerfragestunde.

Bürger 1 stellt sich vor und erfragt, was die Stadträte bzw. die Beigeordneten gegen die laufenden Missstände des Herrn Lamm tun können, um diesem Vorstand das Vertrauen zum Betreiben des Tierheims zu entziehen. Es stellt sich die Frage, wie lange die Schikanen des Vorstands, insbesondere jene von Herrn Lamm, noch geduldet werden sollen.

Begründend führt er aus, dass ihm am 21.09.2020 abends von Herrn Lamm (Vorsitzender des TSV Dessau und Umgebung e.V.) ein Tierheimverbot ausgesprochen wurde, obwohl er seit rund 20 Jahren ehrenamtlich auch im Tierheim Dessau Tierschutz betreibt. Nun darf er seiner ehrenamtlichen Tätigkeit nicht mehr nachkommen. Er war täglich im Tierheim und hat sich dort um die Hunde gekümmert. Des Weiteren besorgte er aus Spendenboxen das Futter und organisierte weitere Futterspenden für Hunde und Katzen. Sein Verhängnis ist, dass er sich für eine in der Obhut des Tierheimes befindliche Katze eingesetzt hat. Diese sollte unter schrecklichen Bedingungen außerhalb des Tierheims in einer mehr als 40 Jahre alten Baracke, ohne Heizung, Licht und bakteriell durchsetzt, ihre Jungen zur Welt bringen. Dies stellt kein Verschulden der ebenfalls entsetzten Tierheimmitarbeiter dar, sondern beruht auf einer Festlegung des Vorstandes des Dessauer Tierschutzvereins und Umgebung e.V. Die Presse berichtete bereits darüber. Die Mitarbeiter des Dessauer Tierheims sowie einige Mitglieder des Dessauer Tierschutzvereins sind bereits derart vom Vorstand, insbesondere von Herrn Lamm, eingeschüchtert worden, dass diese sich nicht mehr trauen, sich zu äußern, ohne aus dem Tierschutz verwiesen zu werden, wie es ihm persönlich von Herrn Lamm angedroht wurde. Für den 25.10.2021 wurde eine Mitgliederversammlung durch den Vorstand des Tierschutzvereins anberaumt mit Wahl des neuen Vorstands. Möglicherweise ist dies ein Grund für einige Stadträte, an der Sitzung teilzunehmen. Die Versammlung findet im Restaurant „Gusto“ am Sportzentrum in der Kreuzbergstraße statt und beginnt um 19:00 Uhr.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, erklärt, dass der Stadtrat auf Vereinsinterna nicht einwirken kann. Jeder Verein organisiert und gestaltet durch seine Mitgliedschaften das Vereinsleben selbständig.

Daraufhin ziehen die weiterhin angemeldeten Bürger ihre Redeabsichten zurück. Ein Bürger bemerkt, dass eine schriftliche Information an die Stadträte erfolgen wird.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, erklärt, dass seine Fraktion die bereits vorliegende Anfrage ernst nimmt und der Sachverhalt in der Fraktion besprochen wird. Es werden beide Seiten angehört, um gemeinsam den Weg für eine gute Arbeit des Tierschutzvereins zu fördern.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt klar, dass es jedem Bürger der Stadt möglich ist, bei den Fraktionen Hilfe zu ersuchen. Der Stadtrat als Organ kann jedoch nicht mit Beschlüssen in Vereinsinterna eingreifen.

Nach Meinung von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke,** handelt es sich um ein städtisches Thema. Die Stadt ist indirekter Eigentümer und hat einen Verein beauftragt, der bisher sehr verantwortungsvoll mit diesem Thema umgegangen ist. Es gab bisher kaum Anlass zur Kritik. Dass es Verwerfungen aufgrund verschiedener Auffassungen zu bestimmten Themen in einem Verein geben kann, ist durchaus legitim. Als fragwürdig erachtet er jedoch die öffentliche Vorverurteilung, die eine Atmosphäre der Vergiftung erzeugt und die Herbeiführung einer Klärung behindert. Es geht nicht um Polarisierung, sondern um den Fakt, ob der Verein seinen satzungsgemä-

ßen Vorgaben entspricht und der Vorstand entsprechend dieser Vorgaben handelt. Seine Fraktion wird an beide Seiten herantreten, um eine Aufklärung im Interesse des Tierschutzes herbeizuführen.

Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Während der Einwohnerfragestunde erscheint Herr Kellner, Fraktion CDU, zur Sitzung. (37)

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Ausführungen zum Haushalt 2022 durch Frau Bürgermeisterin Nußbeck

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, gibt bekannt, dass der Haushalt 2022 für die Stadträte freigeschaltet wurde und am 03.11.2021 mit einer umfassenden Einführung die Haushaltsberatungen beginnen. Die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes liegen im Taschenformat vor. In ihrer Rede wird sie nur auf wesentliche Fakten eingehen, weil die Erläuterungen zu den einzelnen Themen im Haushaltsausschuss sowie in den Fachausschüssen erfolgen.

Als **Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen** bemerkt **Herr Weber,** dass die Ausgleichsaussicht des Defizites von 13,5 Mio. Euro innerhalb des Finanzplanungszeitraumes auch eine Wirkung auf die Unternehmerschaft bedeutet. Kritisch merkt er die Höhe der Personalkosten von rund 73 Mio. Euro an und dass 800 T€ mehr an Personalkosten anfallen. In den vergangenen Jahren wurden 3,5 Mio. Euro für Personalkosten durch nicht besetzte Stellen eingespart. Deshalb wird sicherlich über dieses Thema viel diskutiert werden. Der Oberbürgermeister hat ein Personal- und Organisationskonzept für die Haupt- und Personalausschusssitzung im November angekündigt. Der Stadtrat, der über den Stellenplan zu beschließen hat, wird in dieser Debatte darauf achten, ob die Nichtausgabe der Personalkosten in der Planung bereits berücksichtigt werden kann, wenn eine entsprechende Organisationsänderung stattfindet.

Die Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Nußbeck sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

6.2 Sachstand Eichenprozessionsspinner (EPS) Vorlage: IV/062/2021/III-66

Herr Adamek, Fraktion der CDU, begrüßt die Aufnahme des wichtigen Themas des Überfliegens. Er hofft auf eine entsprechende Umsetzung, da der Schutz der Gesundheit vor dem Schutz der Insekten anzusiedeln ist. Ein konsequentes Handeln ist erforderlich.

Das Umweltbundesamt ist mit diesem Thema an die Stadt herangetreten, jedoch ist die Reaktion der Stadt sehr verhalten ausgefallen, bemerkt **Herr Brozowski, Fraktion Die Linke.** Deshalb bittet er um Prüfung dieser Angelegenheit. Sollte ein Vermittlungsbedarf bestehen und die gut angelaufene Kooperation nicht optimal weitergeführt worden sein, steht er als Verbindungsperson zur Verfügung.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, teilt mit, dass Herr Lothar Ehm zum 31.10.2021 aus gesundheitlichen Gründen sein Stadtratsmandat niedergelegt hat. Er dankt Herrn Ehm für seinen jahrelangen Einsatz für die Stadt Dessau-Roßlau.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, berichtet, dass er vor gut einem Jahr im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtpflege angefragt hat, wie das Laub vor privaten Haushalten in Dessau-Süd entsorgt werden kann. Nunmehr stehen Bürgern bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen kostenlose Laubsäcke zur Verfügung, wofür er seinen Dank ausspricht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf den Beitrag „Politik hebt Testpflicht auf“ in der Mitteldeutsche Zeitung vom 09. und 10. Oktober 2021. Hierzu stellt er richtig:
1. Ursache der Neuauflage der Beschlussfassung war die Tatsache, dass es keinen allgemeinen Konsens gab.
2. Ihm stellt sich die Frage, wieso eine demokratisch geführte Diskussion zur Beschlussvorlage ein Problem darstellt. Der Rat besteht aus Fraktionen, denen es ge-

mäß Hauptsatzung und Gemeindeordnung zusteht, sich inhaltlich einzubringen und als beschlossen gilt, was die Mehrheit unabhängig von Vorabsprachen bestimmt.
3. Die Fraktion Die Linke hat sich nie gegen eine 3G-Regelung ausgesprochen und dies mit der jetzigen Beschlussvorlage auch nicht aufgekündigt.
4. Das Ziel der Fraktion Die Linke war und ist es, die Mitglieder des Rates, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Besucher des Stadtrates sowie der Ausschusssitzungen mit bestem Wissen und Gewissen zu schützen.

Die Fraktion Die Linke versteht und duldet nicht, dass einzelne Mitglieder des Stadtrates den Schutz der Gemeinschaft gefährden. Die jetzige Beschlusslage gibt alle Möglichkeiten, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf die Befragung der Kinder und Jugendlichen vom Juni 2021 und fragt, wann der Stadtrat mit Ergebnissen und Maßnahmen nach der Auswertung rechnen kann. Des Weiteren möchte sie wissen, ob die Auswertung der Befragung Bestandteil der Kosten von 40.000 € ist.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales, erklärt, dass sich die Befragung derzeit in der Auswertung befindet. Ergänzend verweist **Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes,** auf die vertragliche Vereinbarung, dass die Befragung und die Auswertung im Preis inbegriffen sind. Pandemiebedingt wird der Abschlussbericht bis zum 31.12.2021 durch den Auftraggeber vorgestellt.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, stellt fest, dass die diesbezüglichen Ausgaben für den Haushalt 2022 nicht mehr von Relevanz sind.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bemerkt, dass die Ergebnisse nach deren Vorliegen dem Stadtrat im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. Zuerst werden diese jedoch dem Jugendhilfeausschuss sowie dem Unterausschuss zur Verfügung stehen. In diesen Gremien wird der Bedarf ermittelt und Handlungsempfehlungen abgeleitet, was noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Über die Fortschreibung des Teilplanes wird im Stadtrat abgestimmt.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, geht auf das in der Einwohnerfragestunde angesprochene Thema „Tierheim“ ein und erklärt sein Unverständnis, dass eine Person, die sich für das Tierwohl einsetzt, wegen einer Katze aus dem Verein entlassen wird.

Er berichtet weiterhin, dass die Stadträte der AfD-Fraktion Dessau-Roßlau und Oranienbaum-Wörlitz ihre Aufwandsentschädigung dem Tierheim spenden wollten, was wegen des Umstandes abgelehnt wurde, dass die Spende von der AfD erfolgt. Seitens des Tierparkes wurde die Spende dankend entgegengenommen. Das Tierwohl sollte im Vordergrund stehen und nicht, wer Spendengeber ist. Des Weiteren greift Herr Mrosek die Problematik von Unkraut auf Gehwegen, an Straßenrändern und zwischen den Schienen auf. Nachdem der Beschluss gegen den Einsatz von Chemikalien gefasst wurde, wuchert das Unkraut überall. Der Stadtpflegebetrieb hat perso-

nell nicht die Möglichkeit, der Lage Herr zu werden. Er regt an, für nächstes Jahr zu überdenken, ob an die Problematik anders herangegangen werden kann.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, stellt die Frage, warum sich die Umsetzung der brandschutzrechtlichen Baumaßnahmen in der Ölmühle Roßlau verzögert. Vor etwa 3,5 Jahren wurde der Verein über die Maßnahme in Kenntnis gesetzt. Diese sollte im Frühjahr 2021 beginnen und ein halbes Jahr andauern. Es erfolgte eine Verschiebung in den Herbst. Nun hat sie erfahren, dass die Ausschreibung erst vorbereitet wird und fragt, ob die diesbezüglichen Planungsunterlagen verändert wurden. Diese Situation ist für die Vereinsarbeit nicht förderlich.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwidert, dass die Verzögerung ihres Wissens nach darin begründet ist, dass keine Räumlichkeiten zum Ausweichen während der Baumaßnahmen gefunden wurden. **Frau Koschig** fragt nach, ob nun alternative Räumlichkeiten vorhanden sind.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung und Soziales, berichtet über diesbezügliche Erwägungen. Ihm ist jedoch nicht bekannt, ob eine Einigung erzielt werden konnte.

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur, berichtet, dass mit dem Träger Gespräche geführt werden. Vor wenigen Wochen wurde darüber informiert, dass die Arbeiten planmäßig ab Januar beginnen, sofern die Ausschreibungen zum Erfolg führen. Des Weiteren wurden dem Träger Angebote unterbreitet, wie dieser seine Arbeit organisieren könnte. Die Lipmann-Bibliothek sowie das Büro der Bibliothek und die Cafeteria für offene Angebote der Ölmühle wurden als Ausweichmöglichkeiten angeboten. Des Weiteren laufen Gespräche mit der Arbeiterwohlfahrt und dem Deutschen Roten Kreuz. Eine transparente Kommunikation findet statt.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, nimmt Bezug auf den Beschluss des Stadtrates vom April 2019 zur Beräumung der Braunschen Lache und erbittet einen Sachstandsbericht.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtet, dass in den drei Kleingartenanlagen (Eschenweg, Waldfrieden sowie nördlicher und südlicher Teil der Braunschen Lache) 4.905 Tonnen Schutt in Form von Hügeln vorhanden waren. Davon wurden mittlerweile 4.139 Tonnen beräumt, 766 Tonnen Schutt sind noch vorhanden. Die Kleingartenanlage Eschenweg wurde vollständig beräumt. 8 Haufen Schutt wurden entfernt und das Areal von der Stadt abgenommen. Auch in der nördlichen Braunschen Lache wurden die 16 Haufen vollständig entfernt und von der Stadt abgenommen. Im südlichen Teil der Braunschen Lache müssen noch 6 restliche Haufen mit etwa 300 Tonnen Schutt entfernt werden, im Waldfrieden noch 5 von ursprünglich 31 Haufen mit circa 400 Tonnen. Die restliche Beräumung ist in Arbeit.

Herr Brozowski, Fraktion Die Linke, äußert sich zum Redebeitrag von Herrn Mrosek bezüglich des Einsatzverbots von Pestiziden auf Gehwegen. Gemäß § 12 Abs. 2 Pflanzenschutzgesetz ist es grundsätzlich verboten, Pestizide auf befestigten Außenflächen einzusetzen. Ausnahmen werden nur mit strengen Auflagen genehmigt.

7 Beschlussfassungen

7.1 Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte in der Raguhner Straße sowie Beschluss zur überplanmäßigen Ausgabe und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: BV/355/2021/II-DKT

Beschluss:

1. Der beschlossene Ausgabebedarf von 3.812.000,00 € wird um 574.600,00 € erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf i.H. v. 4.386.600,00 € beschlossen.
2. Für das Haushaltsjahr 2021 wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 183.950,00 € beschlossen.
3. Für das Haushaltsjahr 2021 werden eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung und für 2022 eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 390.650,00 € beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.2 Maßnahmebeschluss "Modernisierung Prof.-Richard-Paulickring 19 - 21" der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH aus dem Förderprogramm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung"
Vorlage: BV/325/2021/III-61

Herr Fricke, Fraktion SPD, führt aus, dass diese Maßnahme auch mit Fördermitteln durchgeführt wird, was einen Eigenanteil der Stadt bedingt und dass von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, diesen Eigenanteil der Stadt auf eine Höhe von 10% zu begrenzen. Das wird dadurch erreicht, dass der Rest des Eigenanteiles der

Stadt vom Maßnahmeträger aufzubringen ist. In diesem Fall ist das die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft. Auch als Mitglied des Aufsichtsrates der DWG gibt er das kritisch zur Kenntnis. Es ist nicht einzusehen, dass zu Lasten der DWG der Eigenanteil der Stadt gespart wird. Die Stadt sollte den Eigenanteil in voller Höhe selbst tragen.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau fördert die Maßnahme „Modernisierung Prof.-Richard-Paulick-Ring 19 – 21“ gemäß dem Bewilligungsbescheid des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt für das Programmjahr 2020 im Fördergebiet Paulickring-Nordstraße Roßlau vom 16.12.2020.

2. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2021 eingeplant.

3. Die Experimentierklausel ist anzuwenden.

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen entsprechenden Fördermittelbescheid für die Vorhabenträger zu erstellen und auszureichen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.3 Bebauungsplan Nr. 227 “Sondergebiet Photovoltaik an der Lichtenauer Straße“ – Billligungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/333/2021/III-61

Auf die Nachfrage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke,** ob es außer der Photovoltaikgeschichte keine andere wertschöpfungsoriente Nutzung gab, erklärt **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt,** dass der Eigentümer von sich aus gesagt hat, dass er das machen möchte. Da das für eine Gewerbebrache durchaus eine zulässige Nutzung ist, wurde das zugelassen. Es wurde demnach keine andere Nutzung angefragt.

Beschluss:

1. Die in den Anlagen beigefügten Entwürfe

   - des Bebauungsplanes Nr. 227 “Sondergebiet Photovoltaik an der Lichtenauer Straße“ in der Fassung vom 21.06.2021 (Anlage 2),

   - der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) einschließlich seiner Anhänge (Anlage 3.1 bis 3.4) und

- des städtebaulichen Vertrages über die Kompensationsmaßnahmen (Anlage 5)

werden gebilligt und zusammen mit den vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen und Informationen (Anlage 4) zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 30:06:01

7.4 13. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau "Sondergebiet Photovoltaik an der Lichtenauer Straße" – Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/334/2021/III-61

Beschluss:

3. Der in Anlage 2 beigefügte Entwurf der 13. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) für den Stadtteil Dessau in der Fassung vom 21.06.2021 und die dazugehörende Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) einschließlich seiner Anhänge (Anlage 3.1 bis 3.4) werden gebilligt und zusammen mit den vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen und Informationen (Anlage 4) zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 30:06:01

7.5 Neufassung der Satzung des Stadtarchivs Dessau-Roßlau (Archivor-

dnung)
Vorlage: BV/304/2021/IV-41

Beschluss:
Die „Satzung des Stadtarchivs Dessau-Roßlau (Archivordnung) wird gemäß Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.6 Neufassung der Archivgebührensatzung
Vorlage: BV/305/2021/IV-41

Beschluss:
Die „Gebührensatzung für das Archiv der Stadt Dessau-Roßlau (Archivgebührensatzung)“ wird gemäß Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

7.7 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2020
Vorlage: BV/238/2021/IV-ATD

Beschluss:
Der durch die unabhängige DONAT WP Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chemnitzer Straße 48a, 01187 Dresden geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31.12.2020 mit einem Jahresgewinn in Höhe von EUR 2.578.082,26 und einer Bilanzsumme in Höhe von EUR 23.867.783,31 wird gemäß § 19 (4) EigBG festgestellt (Formblatt 7).

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.8 Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau - Ergebnisverwendung
Vorlage: BV/240/2021/IV-ATD

Beschluss:
1. Der Jahresgewinn in Höhe von EUR 2.578.082,26 wird der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.

2. Der Abschreibungswert des Jahres 2020 Altes Theater in Höhe von EUR 129.841,62 wird der zweckgebundenen Rücklage Altes Theater entnommen und der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.9 Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2020
Vorlage: BV/241/2021/IV-ATD

Beschluss:
Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2020 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

Nachdem der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, und Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** der Theaterleitung ihren Dank ausgesprochen haben, wird in der Zeit von 17:30 bis 17:45 Uhr eine Pause durchgeführt.

Während der Pause erscheint Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, zur Sitzung. (38)

7.10 3. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für allgemeinbildende Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/362/2020/V-40

Seine Ausführungen gelten ebenfalls für die unter dem Tagesordnungspunkt 7.11 eingeordnete Beschlussvorlage, da diese in direkter Beziehung zu diesem Tagesordnungspunkt steht, führt **Herr Adamek, Fraktion CDU,** aus. Er macht deutlich, dass die Fraktion die Arbeit der Lehrerschaft schätzt und keine Probleme mit dem Konzept einer Gemeinschaftsschule hat. Es ist aber die Aufgabe des Stadtrates, die Schullandschaft in unserer Stadt zu stärken, ebenso die Wahrnehmung der Sekundarschulen und vor allem in der aktuellen Situation, auch die Schülerzahlen an den Gymnasien. Bezüglich des Schulbusverkehrs wird seitens der Eltern und Schüler ein großer Unmut festgesellt, der nicht zwingend notwendig wäre, wenn flexibler agiert werden könnte und die Einzugsbereiche bestehen bleiben würden. Da die unnötigen Wege vermieden werden sollen, wird die Fraktion diese Beschlussvorlage ablehnen.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau, bezieht sich auf die Darlegung in der Beschlussvorlage, dass das Ziel der Stadt ist, das Schulangebot um eine weitere Gemeinschaftsschule im Stadtgebiet zu erweitern. Er bittet darum, dass der Stadtrat halbjährlich über den Fortschritt dieser Bemühungen informiert wird, um zu sehen, dass das zeitnah passiert.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärt, dass die Beschlussvorlage die logische Konsequenz der jetzigen Sachlage ist. Die Ermessensfrage ist nur bedingt gegeben. Deshalb stimmt die Fraktion der Vorlage zu.

Die **Fraktion der AfD** schließt sich den Worten von Herrn Adamek an, bemerkt **Herr Mrosek.** Es kann nicht sein, dass bspw. ein Kind aus Mosigkau dann nicht mehr in der Ganztagsschule auf dem Zoberberg eingeschult wird, sondern nach Ziebigk, oder sonst irgendwohin muss. Das entlastet nicht die Straßen und bei den Spritpreisen wird den Eltern noch mehr aufgebürdet. Deshalb lehnt die Fraktion die Beschlussvorlage ebenfalls ab.

In den zurückliegenden Jahren wurde dieses Schulangebot nie hinterfragt, oder angezweifelt, dass es einen anderen Weg gibt, über eine Gemeinschaftsschule zu einem Abitur zu kommen, führt **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke,** aus. Dieses rechtliche und eigenständige Schulangebot wir von vielen Schülerinnen und Schülern in Anspruch genommen. Deshalb ist es schwierig, dieses Angebot auf einen Schuleinzugsbezirk zu beschränken. Ausgeblendet wird auch, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die von den Grund- und Sekundarschulen in ein Gymnasium wechseln, rückläufig ist. Es besteht der Bedarf, eine weitere Schule im Innenstadtgebiet zu bauen. Dieses Angebot jetzt nicht zu unterbreiten wäre verantwortungslos, da dieses Recht jedem zusteht. Was in der Schulentwicklungsplanung falsch gemacht wurde, haben nicht die Kinder zu verantworten.

Herr Fricke, Fraktion SPD, erläutert, dass es misslich ist, die Nachteile zu sehen, die für die Kinder im Zoberberg und der Umgebung hierdurch entstehen. Er pflichtet Herrn Hoffmann bei, dass es die Aufgabe des Stadtrates ist, dafür zu sorgen, dass

sich die Verhältnisse insgesamt verbessern. Die Schulentwicklungsplanung entspricht nicht mehr den Erfordernissen. Diese Schule in die einzige dieser Schulform, die vorgehalten wird und jedes Kinder in der Stadt hat einen Rechtsanspruch, diese Schule zu besuchen. Deshalb muss die Beschlussfassung erfolgen.

Die Abstimmung zur Beschlussvorlage ergibt:18:18:01. Nach erneuter Abstimmung wird die **Beschlussvorlage** mit 19 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 01 Enthaltung **beschlossen.**

Beschluss:
Die 3. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

7.11 1. Änderung der Satzung über das Aufnahmeverfahren an der Ganztagsschule Zoberberg Dessau - Gemeinschaftsschule Vorlage: BV/363/2020/V-40

Beschluss:
Die 1. Änderung der Satzung über das Aufnahmeverfahren an der Ganztagsschule Zoberberg Dessau – Gemeinschaftsschule wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 19:18:01

7.12 Satzung über die Benutzung und Gebührenerhebung zur dezentralen Unterbringung für zugewiesene Ausländer nach dem Aufnahmegesetz Land Sachsen-Anhalt in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/324/2020/V-50

Beschluss:
1. Die Gebührenkalkulation gem. Anlage 3 wird gebilligt.

2. Der Neufassung der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Benutzung und Gebührenerhebung der dezentralen Unterbringung für zugewiesene Ausländer nach dem Aufnahmegesetz Land Sachsen-Anhalt gem. Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 30:06:02

7.13 2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses zur Projektförderung „Energetische und allgemeine Sanierung der Kindertageseinrichtung Alexandraschule“ der Anhaltischen Diakonissenanstalt Dessau BV/098/2019/V-51 i. V. m. BV/283/2020/V-51
Vorlage: BV/339/2021/V-51

Beschluss:

1. Der beschlossene Gesamtausgabebedarf in Höhe von 1.601.295,96 € wird um 447.000,00 € erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf in Höhe von 2.048.295,96 € beschlossen.
2. Für das Haushaltsjahr 2021 wird eine überplanmäßige Auszahlung i. H. v. 350.000,00 € beschlossen.
3. Die Aufnahme zusätzlicher Mittel im Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 97.000,00 € wird beschlossen. Hierzu wird im Jahr 2021eine Verpflichtungsermächtigung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.14 Entschädigung von ehrenamtlich Tätigen in den Einheiten des Katastrophenschutzes
Vorlage: FV/015/2021/CDU

Beschluss:
Änderung der „Satzung über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtrates, der Ortschaftsräte und der ehrenamtlich Tätigen der Stadt Dessau-Roßlau (Entschädigungssatzung)“ wie folgt:

1. § 6 „Beauftragte nach Hauptsatzung und ehrenamtlich Tätige in den freiwilligen
   Feuerwehren und den Wasserwehren“ wird abgeändert zu „Beauftragte nach Hauptsatzung und ehrenamtlich Tätige in den freiwilligen Feuerwehren, Wasserwehren und in den Einheiten des Katastrophenschutzes“

2. Es wird folgender § 6 Abs. 3 neu eingefügt: „Die ehrenamtlich tätigen Helfer in den Einheiten des Katastrophenschutzes werden folgendermaßen entschädigt: Der Kreisbereitschaftsleiter erhält eine monatliche Pauschale von 60,00 EUR. Die Leiter der drei Fachdienste Sanität, Betreuung und Wasserrettung des Katastrophenschutzes erhalten eine monatliche Pauschale von 60,00

EUR.“

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.15 Kinder- und Jugendpartizipierungskonzept zur Gründung einer Kinder- und Jugendvertretung in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: FV/010/2021/Linke

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erläutert als Einreicher der Beschlussvorlage, dass es nach 3 ½ Jahren eine eindeutige Mehrheit für dieses Anliegen in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gab. Es ist wichtig, junge Menschen in bestimmte Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die Jugendgesetzgebung im Bereich der Freizeitgestaltung bedarf einer dringlichen Überarbeitung. Er bittet darum, nach Auswertung der Befragung zu entscheiden, welche Art der Beteiligung gewählt werden soll. Das Jahr 2022 ist zur Errichtung einer solchen Beteiligung angetan.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, merkt an, dass ein nächster Versorgungsposten geschaffen werden soll und verweist auf die sehr gute Arbeit des Jugendamtes. Deshalb reicht an dieser Stelle ein Ehrenamt aus. Aus Geldnot werden Jugendklubs abgebaut und jetzt soll eine Vollzeitstelle geschaffen werden. In den Schulen gibt es Sozialarbeiter und auch die Lehrer machen eine gute Arbeit. Trotz mehr Schulden und Personalabbau den nächsten Versorgungsposten zu schaffen, lehnt die Fraktion ab.

Das Jugendamt hat gesetzliche Aufgaben zu erfüllen und ist in dem Moment nicht unabhängig, erklärt **Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses.** Es braucht aber eine unabhängige Person, die als Scharnierfunktion zwischen den Interessen der Kinder und Jugendlichen und der Verwaltung und Politik fungiert. Dass ein Versorgungsposten geschaffen werden soll, ist an der Stelle fehlplatziert. An Herrn Mrosek gewandt kritisiert er, dass 2 Mitglieder seiner Fraktion im Jugendhilfeausschuss vertreten sind, die das im Vorfeld mit einer entsprechenden Diskussion hätten klären können. Es ist nicht schön, wenn in Fachausschüssen und Unterausschüssen diskutiert wird und dann, nicht fachlich und sachlich begründet, die Beschlussvorlage abgelehnt wird. Im Haupt- und Personalausschuss hat Herr Mrosek auch mit Ja gestimmt.

Dieses Thema ist ehrenamtlich nicht zu leisten, erklärt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.** Eine Enthaltung seitens der AfD-Fraktion wäre ein Signal zur nochmaligen Verständigung zur Sache selbst. Kindern und Jugendlichen die Beteiligung über eine sinnvoll begleitete Tätigkeit zu verweigern, geht nicht.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau stärkt die Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen im Leben der Stadt. Sie sollen in Entscheidungsprozesse des Stadtrates, der weiteren kommunalen Gremien und der laufenden Arbeit der Stadtverwaltung zu sozialen, kulturellen und politischen Fragen, von denen sie betroffen sind, künftig aktiv und regelmäßig einbezogen werden.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbindung des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau und des Stadtschülerrates ein Konzept zur Einführung einer Kinder- und Jugendvertretung für die Stadt Dessau-Roßlau zu erstellen und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

3. Als Voraussetzung zur zielorientierten Umsetzung des Vorhabens und zur erfolgreichen Arbeit des Gremiums ist die Stelle des ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in eine hauptamtliche Stelle umzuwandeln. Eine solche Stelle ist im Stellenplan 2022 neu zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: 31:07:00

7.16 Aufhebung des Hygienekonzepts Vorlage: FV/014/2021/CDU

Die Fraktionsvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird um 18:15 Uhr durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf,** geschlossen.

Dessau-Roßlau, 09.12.21

Stadt Dessau-Roßlau

09.12.2021

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer